

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908

10.11.1908 (No. 352)

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 10. November.

№ 352.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einrückungsgebühr: die gepaltene Pettzelle oder deren Raum 25 Pf. Briefe und Gelder frei.
Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

1908.

Amtlicher Teil.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 24. Oktober d. J. gnädigst geruht, den Registrar Karl Traubinger bei dem Großh. Verwaltungshof auf sein Ansuchen unter Anerkennung seiner langjährigen, treu geleisteten Dienste und unter Verleihung des Titels Kanzleirat in den Ruhestand zu versetzen.

Nicht-Amtlicher Teil.

Landesversammlung der nat.-lib. Partei Badens

Mosbach, 8. Nov. Die Landesversammlung der national-liberalen Partei Badens nahm gestern nachmittags mit einer Sitzung des engeren Ausschusses ihren Anfang. Den Vorsitz führte der neue Parteichef Dr. Obkircher; an den Verhandlungen nahmen alle Ausschussmitglieder teil. Sodann wurde ein Aufruf des engeren Ausschusses an die Gefinnungsgenossen beraten, dem wir folgende Stellen entnehmen:

Vor wenig mehr als Jahresfrist ist Großherzog Friedrich I. seinem dankbaren und treuen Volke entrissen worden. Aber die Grundsätze seiner gesegneten Regierung leben fort in seinem Sohne und Nachfolger, zu dem wir voll Hoffnung und Vertrauen aufblicken, freudig entschlossen, wie bisher, so auch in Zukunft dem wahren Wesen unserer engeren und weiteren Heimat alle anderen Interessen unterzuordnen.

Das Deutsche Reich war seit seinem Bestehen ein fester Stützpunkt des Weltfriedens. Es als solchen zu erhalten, darf als der einhellige Wille des deutschen Volkes gelten. Den um uns herumverbreiteten Jüdisch auf Entladung zu bezeichnen, ist eine der vornehmsten Aufgaben einer kraftvollen Reichspolitik; dieselbe darf aber nicht nach persönlichen Impulsen, sondern nur nach sachlichen Gesichtspunkten geleitet werden.

Die Zerissenheit der deutschen Parteiverhältnisse muß der Sammlung der Parteien nach großen vaterländischen Gesichtspunkten weichen. Die finanzielle Not des Reiches kann nur gehoben werden, wenn mehrere Gruppen das sonst sie trennende zurückstellen und entschlossen und uneigennützig zusammenarbeiten.

Von diesen Gedanken ausgehend treten wir ein für die Aufrechterhaltung der seit dem 13. Dezember 1906 bestehenden Gruppierung der Parteien im Reich. Sie hat schon gute Arbeit geleistet und steht nun vor einer überaus bedeutungsvollen Aufgabe: der beschleunigten Regelung der Reichsfinanzen. Nur wenn diese unter Mitwirkung der heute maßgebenden Parteien gelingt, kann die Wiederkehr der unglücklichen Zustände vor der Reichstagsauflösung verhindert werden. Das Zentrum rechnet auf ein Zerwürfnis innerhalb der Vorstände vor der Reichstagsauflösung verbindlich und wäre wahrheitsgemäß bereit, diejenige Finanzpolitik zu machen, die zu machen der Reichstag sich weigern würde. Aber es würde keine Bedingungen stellen und dem Reiches auf neue feine Willen aufzwingen. Drum gilt es, daß der Reichstag die vorwiegend auch aus Schuld des Zentrums resultierenden Reichsfinanzen wieder auf einen geordneten Boden stellt.

Schon bisher waren bei der Unsicherheit der Anforderungen des Reiches die einzelstaatlichen Finanzen allzusehr in Mitleidenschaft gezogen. Auch da tut Abhilfe nur, denn auch unser engeres Heimatland bedarf der Ruhe und Stetigkeit in der Entwicklung seiner Haushaltungsmittel. Warten doch auch bei uns dringliche Angelegenheiten ihrer Erledigung. Die Pflege und nachhaltige Förderung der wirtschaftlichen Interessen in Landwirtschaft und Gewerbe, sowie die kulturellen Bedürfnisse erfordern bedeutende Mittel; namentlich sollen künftig mehr als bisher den bedürftigen Kreisen und Gemeinden staatliche Unterstützungen zur Erbauung von Schulhäusern, Wasserleitungen, zu Wegbauten und dergleichen mehr bewilligt werden. Das neue Vermögenssteuergesetz und dessen Fortwirkung auf die Gemeindebesteuerung hat lebhaften und allgemeine Klagen über unerwartete Härten, besonders über zu starke Belastung des Grund- und Hausbesitzes hervorgerufen. Diesen muß nachgegangen, und namentlich muß eingehend geprüft werden, ob nicht der Grund- und Hausbesitz in einzelnen Gemeinden zu hoch eingeschätzt, und ob nicht diese Steuerwerte allgemein im Vergleich zu den Einkommensteuereinkünften und zum Kapitalvermögen zu stark herangezogen sind, sowie inwieweit ein Abzug der Schulden gewährt werden kann, nachdem die Verfassung dieses Abzuges über Erwarten ungünstig gewirkt hat.

Um auch die durch die Verhältnisse gebotene Verbesserung in den Bezügen der Pfarren zu ermöglichen, wurde den Kirchen die Erhöhung der Sätze der allgemeinen Kirchensteuer eingeräumt. Der betreffende Gesetzentwurf wurde in der Zweiten Kammer einstimmig angenommen. Einmütig hat also die Volksvertretung die Notwendigkeit dieser Verbesserung anerkannt und den gesetzgeberischen Weg dazu eröffnet. Das Zentrum und einige Konservative fürchten eine durch die Erhöhung der Kirchensteuer entstehende Mißstimmung und haben im voraus die Verantwortung dafür der Regierung und den anderen Parteien zugeschoben wollen.

Durch die neue Beamtengebebung sind das Beamtenrecht und die materielle Stellung der Beamten in mehrfacher Beziehung neu geordnet worden. Die Partei wird sich eifrig bemühen, im kommenden Landtag eine abermalige Verbesserung auch der Hauptlehrer herbeizuführen und den berechtigten Wunsch nach Einreihung derselben in den Gehaltsstufen zu bringen.

Der nächste Landtag soll nach der Erklärung der Regierung sich mit Vorlagen wegen der Aenderung der Gemeinde- und Städteordnung beschäftigen. Die Partei wird dabei im Sinne eines weiteren freibheitlichen Ausbaues der Selbstverwaltung mitarbeiten. Wir lehnen es ab, die direkte Wahl der Bürgermeister und Gemeinderäte in allen Gemeinden einzuführen, halten aber für unbedenklich, wenn dieses Wahlsystem in allen Gemeinden mit unter 4000 Einwohnern eingeführt wird. Für die Wahl der Bürgerausschussmitglieder und der Stadtverordneten sollen die Klassen in der Weise eingeteilt werden, daß ein Sechstel die erste, zwei Sechstel die zweite und drei Sechstel die dritte Klasse bilden. Gemeinderäte, Bürgerausschussmitglieder, Stadträte und Stadtverordnete sollen nach dem Proporzverfahren gewählt werden. Die Befugnisse der Bürgerausschüsse und der Stadtverordneten sollen namentlich in der Richtung eines verstärkten Initiativrechtes erweitert werden.

Auf dem Gebiete der Volksschule muß für eine möglichst beschleunigte Durchführung der auf dem vorletzten Landtage beschlossenen Aenderungen des Elementar-Unterrichtsgesetzes und des darauf fußenden neuen Unterrichtsplanes gesorgt werden. Wo die durch die Volksschule den Gemeinden auferlegte finanzielle Last im Hinblick auf die Lage des Gemeindehaushaltes zu schwer erscheint, soll durch eine auf diesem Gebiete besonders weitgehende Staatsunterstützung geholfen werden.

Mit diesen Sähen wollen wir nur einige Richtungsbeispiele hervorheben, wie sie aus der Haltung unserer Fraktion im vergangenen Landtage entnommen werden können und unsere volle Zustimmung finden. Die Aufstellung eines Programms wird zeitig vor den Wahlen erfolgen.

Was im Jahre 1905 unsere Partei mit der demokratischen, der freisinnigen und der nationalsozialistischen Partei zum Bunde zusammengeführt hat, soll auch jetzt wieder maßgebend sein, wenn es sich darum handelt, den Kampf der liberalen Parteien untereinander zu verhindern. Die Erfahrungen der letzten drei Jahre haben die Nichtigkeit jener Bündnispolitik nicht widerlegt. Wir sind bereit, uneigennützig und treu, wie bisher, den Bund zu erneuern. So geeint und gerüstet würde der Liberalismus desto kraftvoller die gemeinsamen Gegner zur Rechten wie zur Linken zu bekämpfen in der Lage sein.

Abends fand in der städtischen Turnhalle die Landesversammlung statt. Dr. Obkircher hielt einleitend eine Ansprache. Er streifte den Rücktritt des Dr. Vinz, den lediglich der Wunsch nach Ruhe zur Niederlegung seiner Ämter veranlaßt habe. Redner dankte Herrn Vinz für seine Tätigkeit im Dienste der Partei und gab der Hoffnung Ausdruck, daß derselbe auch ferner seinen Rat der Partei widmen möge. Anerkennende Worte zollte der Vorsitzende auch dem wegen Krankheit aus dem Zentralvorstand der Partei ausgeschiedenen Stadtrat Emil Meyer-Mannheim und dem verstorbenen Staatsanwalt Junghans. An die Stelle der vorgenannten Herren treten, durch Affirmation gewählt, Stadtrat A. Kölsch-Karlsruhe und Dr. Obkircher; in den engeren Ausschuss wurden an Stelle des Herrn Junghans und des gleichfalls verstorbenen Stadtrats Hirschhorn-Mannheim, die Herren Schmucker, Rehrich und Notar Wundt-Bonnendorf gewählt. Dem Abg. Dr. Wildens wurde der Vorsitz der Versammlung übertragen. Er hieß die Anwesenden herzlich willkommen und wünschte der Tagung besten Erfolg. Dem Steuer des Abg. Obkircher könne man sich wohl anvertrauen, denn er werde die Partei leiten, wie es ihrer Ehre und dem Interesse des Vaterlandes entspreche. Nach Eintritt in die Tagesordnung sprach Reichstagsabgeordneter Beck-Seidelberg in etwa 1½stündiger Vortrage über „Unsere Partei und die kommende Reichstagsession, insbesondere die Reichsfinanzreform.“

Sonntag vormittags 9 Uhr fanden die Verhandlungen vom Samstag ihre Fortsetzung in der Turnhalle. Die Beteiligung war stärker als im letzten Jahre. An 400 Personen waren erschienen. Als erster Redner referierte Oberschulrat Nehman-Karlsruhe über die verflochtene Landtagsession. Er betonte besonders das große Arbeitspensum, das auch in den Kommissionen erledigt worden war und besprach dann das Verhältnis der einzelnen Parteien zu einander. Er legte Wert darauf, auch feinerseits zu betonen, daß der Rücktritt des Dr. Vinz-Karlsruhe keinerlei politische Gründe hatte, und daß alle Gerüchte über Spaltungen innerhalb der national-liberalen Partei auf Erfindung beruhen. Meinungsverschiedenheiten gebe es in jeder Partei. Traten solche doch auch in der letzten Periode beim Zentrum, den Demokraten und Sozialdemokraten auf. Die Gruppierung der Parteien untereinander war dieselbe, wie früher. Die Lage beherrschte der Reichstag, bzw. in einzelnen Fragen der durch ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie sich ergebende Großblod. Was den Aus nach links angehe, so war für diesen gar kein Anlaß gegeben, in dem die bürgerliche Linke gerade in der kritischen Zeit eine Rechtswendung vollzog, welche sie in wichtigen Fragen auf die Bahnen brachte, die der Nationalliberalismus von jeher wandelt. Was das Verhältnis zur Sozialdemokratie anlangt, so habe sich daran nicht das Mindeste geändert. Die Nationalliberalen bleiben ihre Gegner, was natürlich nicht ausschließt, daß sie bei dieser oder jener Frage die gleichen Beschlüsse fassen. Ausdrücklich soll noch einmal betont werden, daß von einem Einfluß der Sozialdemokratie auf die Nationalliberalen und ihre Politik niemals die Rede sein könne, denn die Nationalliberalen weichen in keinem Falle auch nur einen Schritt von ihrem Programm ab. Das Verhältnis zwischen Konservativen und Zentrum habe sich infolgedessen geändert, als die Konservativen dem Zentrum Gefolgschaft leisteten, eine Erscheinung, der man umsomehr Aufmerksamkeit schenken müsse, als die Wege der Konservativen nicht ohne zutage liegen. Was die Sozialdemokratie anlangt, so sei in ihrer Haltung gegenüber der Regierung eine Wendung zu verzeichnen. Während die Sozialdemokraten im Falle Schäufele dem Minister sehr scharf gegenüber traten, wurde ihre Haltung später eine viel ruhigere; auch in den Kommissionen haben die Sozial-

demokraten sehr fleißige Arbeit geleistet. In dieser Wandlung trage jedenfalls der Revisionismus seinen Anteil, der sich wohl voraussichtlich in eine Arbeiterreformpartei umwandeln werde und deshalb zur praktischen Mitarbeit herangezogen werden sollte. Die Klust, die Zentrum und Liberalismus von einander trennen, sei so tief, daß sie unüberbrückbar bleibe. Das liege nicht an politischen Tagesfragen, sondern sei im inneren Wesen der beiden Parteien begründet. Die Wünsche des Herrn Wader bezüglich eines Teiles der Nationalliberalen würden niemals in Erfüllung gehen. Betreffs der Stellung der national-liberalen Partei der Regierung gegenüber, habe man sich stets vollkommene Freiheit gewahrt. Redner warf dann einen Rückblick auf die im Landtag erledigten Vorlagen.

Als zweiter Redner sprach sodann Dr. Obkircher über die Partei und die kommenden Wahlen. Er führte aus: Die Partei habe sich auf die Fahne geschrieben: Das Vaterland über der Partei. So soll es auch in Zukunft bleiben. Diese Devise bedeute eine Stärke der Partei, aber auch eine Schwäche. In einer Zeit der Herrschaft von Sonderinteressen sei dies leicht verständlich. Die Zahl der Mitglieder sei daher auch zurückgegangen. Nun dränge sich die Frage auf, ob es denn unter diesen Umständen nicht geratener sei, diesen Grundsatze zu verlassen, wie es andere Parteien längst getan. Es kommen in Betracht: Forderungen der Landwirtschaft, die Interessen der Industrie, des gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes, ja selbst die Wahrung der Interessen der Grund- und Hausbesitzer in den Städten. Die Nationalliberalen haben nie vergessen, die Interessen der einzelnen Ständegruppen zu wahren, freilich unter Vorbehalt, daß es dem Ganzen fromme. Redner geht sodann auf die Blofrage über. Der Blof stelle ein Kompromiß dar. Eine völlige Einigung sei nur dann möglich, wenn man endlich den Nationalliberalen die Stellung in der großen Einheitspartei zuweise, die ihnen von Rechts wegen gebührt. Die national-liberale Fraktion müsse in der bisherigen Richtung weitermarschieren. Und nun die große Frage: Großblod oder nicht Großblod. Man habe ein taktisches Abkommen aufgebaut zu einem Bündnis. Was die Nationalliberalen hier getan haben, wurde von anderen Parteien längst in gleicher Weise befolgt. Wie verhält sich die Partei bei den kommenden Wahlen zur Sozialdemokratie? Man kann nur sagen, daß man die Sozialdemokratie auch weiterhin so bekämpfen wird, wie das Zentrum, mit allen Mitteln, der Ueberzeugung und den Parteigrundsätzen zufolge. Redner erkennt die erprobte Arbeit der national-liberalen Presse an. Aus der Rechnung für die Zukunft müsse man leider die konservative Partei ausschließen. Ihr Verhalten zum Zentrum beweise, daß es auch später mit ihm gehen wolle. Es ist dies schlimm, da die konservative Parteileitung sich im Irrtum befindet, daß es aus einem solchen Bündnis Vorteile ziehen könne. Redner gibt schließlich der Ueberzeugung Ausdruck, daß mit der revisionistischen Richtung der Sozialdemokratie noch ersprießliche Arbeit geleistet werden kann.

Um 2 Uhr nachmittags wurden die Verhandlungen abgebrochen und die Diskussion um 3 Uhr nachmittags begonnen. Die Beteiligung an derselben war zahlreich. Es wurden folgende drei Resolutionen angenommen: Eine Resolution der Jungliberalen dankt der Reichstagsfraktion für die beabsichtigte Interpellation in der Affäre Kaiser Wilhelm. „Daily Telegraph“. Eine Resolution Dr. Runginger-Karlsruhe erwartet die Mitwirkung der national-liberalen Reichstagsfraktion beim Zustandekommen der Reichsfinanzreform, will aber zu den Einzelvorlagen keine Stellung nehmen. Eine dritte Resolution des Vereins Forstheim wendet sich gegen die Lichtsteuer.

In der am Nachmittag in der Turnhalle stattgefundenen Volksversammlung sprachen Reichstagsabgeordneter Beck über den Nationalliberalismus im Reichstag, Oberamtsrichter Renner-Rastatt über den Liberalismus und seine Zukunft und Abg. Sängler über Liberalismus und Landwirtschaft.

oc. Mosbach, 8. Nov. Gestern fand hier der Vertretertag der badischen Jungliberalen statt. Es waren 14 Vereine vertreten. Mit 67 von 80 Stimmen wurde der kürzlich von seinem Amte zurückgetretene Oberamtsrichter Dr. Koch-Mannheim wieder zum Vorsitzenden gewählt. Der Verein Karlsruhe gab weiße Zettel ab. Dr. Koch erklärte sich zur Annahme der Wahl bereit und führte aus, die Frage des Anschlusses an den Reichsverband solle bis auf weiteres ruhen und es jedem einzelnen Verein überlassen bleiben, ob er sich dem Reichsverband anschließen wolle oder nicht. Professor Kieger-Freiburg, der gleichfalls sein Vorstandsamt im Landesverbande niedergelegt hatte, will das Amt bis zur nächsten ordentlichen Vertreterversammlung weiterführen. Die Versammlung beschäftigte sich mit der Reichsfinanzreform, die einstimmig als notwendig anerkannt wurde. Der Verband ist jedoch gegen die sogenannte Lichtsteuer und die Angelegenheiten.

Deutscher Reichstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Berlin, 9. November.

Präsident Graf Stolberg eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Die Beratung des Gesetzes wird fortgesetzt:

Abg. Werner (deutsche Resp.) schiebt in dem Gesetz einen wesentlichen Fortschritt und verlangt scharfe Reiferkontrolle.

Wiedergabe der prächtigen Eurhythmen-Couvertüre bildete den Schluss des Konzerts. Neben den Orchesterdarbietungen bereicherte die solistische Mitwirkung des Pianisten, Prof. Mag. Bauer-Stuttgart, den Hörern einen erlesenen Kunstgenuss. Die Art und Weise, mit welcher der geschätzte Künstler das widerhaarige, in herber Schönheit strahlende Brahms'sche B-dur-Mobiertkonzert interpretierte, erregte Bewunderung und stürmischen Beifall. Technische Leberlegenheit und gesunde männliche Auffassung sprach aus dem Vortrag, dem energische Rhythmus und Pravour der Ausführung ebenso wenig fehlte, wie Poesie und lebhaft empfindende Empfindung. Der Künstler wurde sehr gefeiert; mit ihm aber auch Prof. Berger und die Künstlerchor, die sich um den anspruchsvollen Orchesterpart sehr verdient machte. Das interessante Konzert, dem auch Seine Großherzogliche Hoheit Prinz und Ihre Königliche Hoheit Prinzessin Marg antwohnten, war mäßig besucht.

(Arbeiter-Diskussionsklub.) Am Dienstag den 10. d. M., abends halb 9 Uhr, findet der nächste öffentliche Vortragsabend im großen Saale des Gemeindehauses, Blücherstraße 20, statt. Herr Carl Haas, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, wird über „Die Aufgaben und Bedeutung des Zeitungswesens“ sprechen. Eintritt für Mitglieder frei, für Nichtmitglieder mindestens 10 Pf. — Der Besuch der Veranstaltung ist jedem, der für das öffentliche Leben Interesse hegt, zu empfehlen.

(Zum Milchstreik.) Wie uns mitgeteilt wird, hat die Stadtkommunalverwaltung bereits alle Maßnahmen für den Fall wirklicher Not getroffen. Es ist dafür gesorgt, daß im Bedarfsfälle der Bevölkerung von auswärts ausreichend Milch ausgeführt wird.

(Aus dem städtischen Gaswerk.) In der letzten Zeit sind vornehmlich von Bewohnern der Süd- und Oststadt Klagen über mangelhaftes Brennen des Gases und über unangenehme, von der Beleuchtung herrührende Gerüche geäußert worden. Der Stadtrat hat über diese Klagen die Direktion der städtischen Gaswerke gehört. Diese berichtet nun, daß vor kurzer Zeit böswillige Manipulationen an den maschinellen Anlagen des Gaswerks II vorgenommen worden seien, die in der Hauptsache die belagerten Mißstände herbeigeführt hätten. Zu einem gewissen Teile seien die in den Gasleitungen aufgetretenen Störungen aber auch auf die Verbindung des Betriebes der neuverbauten Wassergasanlage mit dem Betrieb des Gaswerks II zurückzuführen. Auch in anderen Städten mit Wassergasanlagen seien im Anfang des Betriebes diese Unregelmäßigkeiten in der Gaszuführung aufgetreten, sie seien aber vorübergehend und würden in kurzer Zeit verschwinden. Der Stadtrat ersucht die Gaswerksdirektion, alles zu tun, um den belagerten Lebelständen so bald als möglich abzugeben. Wegen der Ermittlung des Täters der im Gaswerk II vorgenommenen böswilligen Eingriffe sind die erforderlichen Schritte eingeleitet. Die Direktion hat die zur Vermeidung der Wiederholung solcher Vorkommnisse geeigneten Maßnahmen getroffen.

Baden, 9. Nov. In dem Prozeß zwischen dem durch seinen Heddesheimer Vertreter, dem verstorbenen Ratsherrn Joachim, schwer geschädigten hiesigen Vorkühnverein und seinen Heddesheimer Schuldner hat das hiesige Amtsgericht eine prinzipielle Entscheidung dahin erlassen, daß die Mitglieder nur für die tatsächlich kontrahierte Summe haftbar sind, der Vorkühnverein aber für die von dem Ratsherrn defraudierte Summe haftet.

Kleine Nachrichten aus Baden. Der „Mannh. Generalanzeiger“ meldet die Verhaftung eines Oberpostassistenten und des Inhabers eines Wettbüros in Mannheim wegen Wettbetrügereien. Der Oberpostassistent hatte im Einvernehmen mit dem Inhaber des Wettbüros Telegramme, durch welche auf Pferde gewettet wurde, in der Weise abgeändert, daß die Stunde der Aufgabe auf eine frühere Zeit lautete. Dadurch wurden verschiedene Buchmacher um erhebliche Beträge geschädigt. — Wegen starken Aufstretens der Mafern mußte die Kleinfinderschule in Bretten bis auf weiteres geschlossen werden. — Pfarrer Wilhelm Ludwig in Baden-Baden hat aus Gesundheitsrücksichten den Vorsitz des badischen Pfarrvereins niedergelegt. Sein Rücktritt wird um so mehr bedauert, als in die badischen Pfarrer viele Wohlfahrtseinrichtungen zu verordnen haben. — Bei Erdarbeiten in der Rangstraße in Baden-Baden wurden römische Grabsteine entdeckt. — Einen bedeutenden Aufschwung hat in den letzten Jahren im oberen Donaugebiet die „Schneedenindustrie“ genommen. Die Ausfuhr wird auf etwa 6 Millionen Stück geschätzt. — Der Bürgerausschuß in Waldbrunn genehmigte die Errichtung eines städtischen Gaswerks. — Vom Bodensee wird gemeldet: Beim Rangieren am Hafen von Lindau wurde ein Wagen über die Trajektanbahn in den See gestürzt; ein zweiter Wagen hängt von der Trajektbrücke herunter. Der Trajektverkehr ist bis auf weiteres eingestellt. Die Reparaturarbeiten dürften 3 bis 4 Wochen dauern.

**** Nachweisung über den Stand der Maul- und Klauenseuche am 31. Oktober 1908.**

Bayern. Bezirksämter: Erding 1 Gemeinde, 1 Gehöft; München 2, 2; Weilheim 1, 1; Ansbach 2, 10. **Oberrhein.** Bezirksämter: Straßburg 2 Gemeinden, 2 Gehöfte; Erstein 2, 3; Rolsheim 1, 2; Schlettstadt 1, 24; Saarburg 1, 8; Saargemünd 1, 3.

39. Versammlung der Südwestdeutschen Irrenärzte.

Karlsruhe, 8. November.

Heute und gestern nachmittag fand hier die 39. Jahresversammlung der südwestdeutschen Irrenärzte statt. Als Vertreter der Großherzoglichen Regierung waren Ministerialdirektor Dr. Glöckner, Oberstaatsanwalt Duffner, sowie die Geheimen Oberregierungsräte Dr. Böhm und Buch erschienen. Namens der Geschäftsleitung begrüßte Dr. Neumann-Karlsruhe die Erschienenen. Zum ersten Vorsitzenden wurde Geheimrat Dr. Schüle, Alenau, zum zweiten Vorsitzenden Professor Rißl-Heidelberg gewählt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten behandelte Dr. Stengel-Bruchsal das Thema: „Die Unterbringung geisteskranker Verbrecher“, das schon lange Gegenstand der öffentlichen Diskussion sei und dessen Lösung sich immer dringender geltend mache. Die bisherigen Erfahrungen, die man mit der Angliederung an die Strafanstalten, mit den Strafanstaltskannengemacht habe, seien von großem Wert und besonderer Bedeutung. Es zeigten dies auch die Erfahrungen, die in Baden mit der Irrenabteilung in Bruchsal gemacht worden seien. Baden habe im Jahre 1864 als erster deutscher Staat den Versuch unternommen, eine Irrenabteilung für die Strafanstalten zu schaffen. 1903 sei dieselbe neu organisiert worden. Der Zweck dieser Abteilung sei, geisteskranken Straftätern die Beobachtung aufzunehmen zu können. Die sofortige Verlegung geisteskranker aus der geordneten Strafanstalt in die Irrenabteilung sei von großer Bedeutung. Bei den heutigen Verhältnissen könne es im badischen Strafvollzug

nicht mehr vorkommen, daß Geisteskranker im Strafvollzug zurückgehalten werden müssen. Der Verbleib Unheilbarer in dem Strafanstaltsanzen könne natürlich nicht stattfinden. Es hätten sich allerdings auch Stimmen gegen die Angliederung von Irrenabteilungen an Strafanstalten erhoben. Allein die Vorteile, welche diese Einrichtung biete, könnten dadurch nicht beeinträchtigt werden. Der Redner geht sodann auf die Anlage und Organisation der Bruchsaler Irrenabteilung näher ein. In dieser Abteilung referierten sich die Kranken fast in gleicher Zahl aus Strafhaft in zwei Gruppen: Degenerative Psychosen und dementia praecox. Unter diese Gruppen fallen fünf Sechstel der Kranken. Von den in der Irrenabteilung untergebrachten Kranken muß ein gewisser Prozentsatz den Strafanstalten wegen Unheilbarkeit zugewiesen werden. Dieser Prozentsatz sei aber keineswegs derart, daß von einer Überfüllung der Irrenabteilung gesprochen werden könne. Von großem Werte sei es, wenn die geistige Erkrankung Straftätern sobald wie möglich erkannt und deren Unterbringung in die Irrenabteilung beantragt werde. Korreferent Dr. Hegar-Wiesloch behandelte die Frage vom Standpunkt des Anstaltsarztes auf die Frage der Errichtung von Spezialanstalten für kriminelle Geisteskranker. Wenn man aber die Vorteile und Nachteile solcher Spezialanstalten abwäge, würden die ersteren nur in einem größeren Maße geltend machen. Man müsse also Vorkehrungen treffen, daß die gefährlichen kriminellen Geisteskranken besonders verwahrt werden, wobei es unter denselben solche geben werde, die man dauernd isolieren müsse. Vorkehrung zur sicheren Verwahrung gefährlicher krimineller Kranken habe man bisher dadurch getroffen, daß man Spezialpavillons für diese Irrenkranke an einer Anstalt errichtete. Es habe sich aber bald gezeigt, daß diese Einrichtung nicht ausreichte. Man müsse daher wünschen, daß eine Verlagerung der Unterbringung krimineller Geisteskranker in der Weise stattfinde, daß jede Anstalt die Kranken ihres Bezirks aufnehme, daß diese gleichmäßige Verteilung fortgesetzt werde und daß da, wo eine besondere Unterbringung nicht notwendig, die organische Verbindung bei den Anstalten auch hinsichtlich dieser Kranken nicht unterbrochen wird, daß also der Charakter der Irrenabteilung gewahrt bleibe. An die beiden Referate, denen Theesen im Sinne der Ausführungen zugrunde lagen, schloß sich eine längere Diskussion, in der man im allgemeinen den Theesen zustimmte.

Geheimrat Dr. Hoch-Freiburg sprach sodann über „den Entwurf des badischen Irrengesetzes“, wobei er ausführte, daß von Sachverständigen abgesehen, kein deutscher Staat eine Irrenabteilung besitze. Baden sei demnach in Süddeutschland der erste Staat, der eine solche Gesetzgebung erhalten solle. Die Regierung habe dem letzten Landtag einen solchen Gesetzentwurf vorgelegt, der aber nicht mehr zur Beratung gelangt sei. Die Notwendigkeit eines Gesetzes sei darauf zurückzuführen, daß Zweifel entstanden, ob die landesrechtliche Verordnung für das Irrenwesen die richtige Basis sei für die Behandlung der Irren. Da der Landtag das Gesetz nicht mehr erledigt habe, sei die Frage aufzuwerfen, ob auf die Gestaltung desselben nicht ein Einfluß ausgeübt werden solle. Ein solcher könne ihm hinsichtlich einiger Bestimmungen allerdings geboten. Der Gesetzentwurf beschränke sich in der Hauptsache auf die Aufnahme, die gegen den Willen in den Anstalten erfolgen soll. Schließlich wird in einer Resolution grundsätzlich der Gedanke der gesetzlichen Regelung der Aufnahme in Irrenabteilungen verworfen. Auch sei der Ausschluß der praktischen Ärzte bei der Frage der Irrenaufnahme als eine den Interessen der Kranken verhängnisvolle Maßregel zu betrachten.

Ein weiteres Thema, das der gleiche Referent behandeln sollte, war „die Reform der Strafprozessordnung“. Ohne auf die Materie sich selbst einzulassen, bedauerte der Redner, daß die Wünsche der Psychiater nicht berücksichtigt worden seien.

In der heutigen zweiten Sitzung leitete Professor Dr. Rißl die Verhandlung. Es waren rein wissenschaftlich-medizinische Fragen, die zur Erörterung standen und für die weitere Öffentlichkeit des Interesses und vor allem des Verständnisses entbehren dürften. Zum nächsten Versammlungsort wird Heilbronn gewählt.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

*** Potsdam, 9. Nov.** Die Kronprinzlichen Herrschaften begaben sich auf die Dauer von einer Woche nach dem Wildbad Kreuth zum Besuche des Herzogs und der Herzogin Karl Theodor von Bayern.

*** München, 9. Nov.** Das Kronprinzenpaar ist heute mittag in Bad Kreuth eingetroffen. Zum Empfang waren anwesend der Herzog und die Herzogin Karl Theodor, die Prinzessin Rupprecht, sowie Graf und Gräfin Törring.

*** München, 9. Nov.** Die Korrespondenz Hoffmann meldet: Wie wir vernehmen, wird der Ausschuss des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten am Donnerstag den 12. d. M. zusammenreten. Staatsminister Freiberger von Podwils wird sich hierzu nach Berlin begeben.

*** Berlin, 9. Nov.** Der fünfte Preussische Lehrertag formuliert gestern die Wünsche zum neuen Lehrerbefolgungsgesetz.

*** Wien, 8. Nov.** Wie der „Neuen Freien Presse“ aus Prag gemeldet wird, war der Graben gestern schon um 10 Uhr vormittags von tschechischen Massen dicht gefüllt. Von den deutschen Studenten, die sich über 300 an der Zahl, in Gruppenweise im Deutschen Haus versammelten, wurde eine Anzahl überfallen und verwundet. Auf dem Semarmt wurde ein Student mit einem großen Stein am Kopf schwer verletzt. Infolge dieser Vorgänge ordnete die Polizei die völlige Räumung des Grabens an. Auf den Einspruch der gleichfalls im Deutschen Haus versammelten deutschen Professoren und Abgeordneten, die in der Räumung und Absperzung des Grabens eine Vereitelung des Wommels der deutschen Studenten erblickten, erklärte der Polizeidirektor, er halte seine Verfügung aufrecht, weil er sonst Blutvergießen befürchte. Unter dem Schutze von Gendarmen zogen sodann die deutschen Studenten mit den Professoren und Abgeordneten zur Universität, hielten dort eine Versammlung ab und beschloßen, wegen des Vorgehens des Polizeidirektors Protest einzulegen. Auch auf dem Heimweg wurden einzelne Studenten angegriffen.

*** Paris, 9. Nov.** Dem „Cclair“ wird aus Rom gemeldet, daß der gegenwärtig dort weilende Gouverneur von Eritrea der Regierung den Plan unterbreitet habe, Rasfauch in einen Freihaufen umzuwandeln. Nur durch eine solche Maßnahme werde Rasfauch in den Stand gesetzt werden, die Konkurrenz des französischen Hafens Djibouti zu überwinden.

Verschiedenes.

Leipzig, 8. Nov. Die heutige Tagung der deutschen Antiduelligen sprach sich nach einem Vortrage des Geheimrates Prof. Dr. Oswald-Leipzig für die Bildung einer deutschen Hochschulvereinigung gegen den Zweikampfsaus.

Aus Kurheffen, 8. Nov. Im kurheffischen Oberheffen trug die Kälte in der vergangenen Nacht bis auf -10 Grad Celsius; die Teiche und Bäche sind zugefroren.

Mainz, 8. Nov. Die Firma Gebr. Oppenheim ist mit allen Aktiven und Passiven heute an das Bankhaus Bamberg & Co. in Mainz unter Mitwirkung der Diskontogesellschaft in Berlin übergegangen.

Regensburg, 8. Nov. Aus allen Gegenden Deutschlands hatten sich gestern Korpsstudenten zu einer Feier vor der Bismarckbüste in der Balthalla zusammengefunden. An der Guldigungsfeier beteiligten sich 26 Korps mit 1300 Studenten und alten Herren. Professor Sponfel hielt in der Balthalla die Festrede, worin er die Verdienste Bismarcks feierte und zum Festhalten an dem, was Bismarck errungen, aufforderte.

Haag, 8. Nov. Die Staatskommission für internationales Privatrecht hat es übernommen, eine internationale Konferenz im Haag vorzubereiten, um ein Weltrechtsecht zu entwerfen.

Brüssel, 8. Nov. Auf der Grube Cuesnes bei Mons wurden gestern abend bei einem Gießeinsturz eines Gebäudes zwanzig Arbeiter mit in die Tiefe gerissen. Von den verunglückten Arbeitern wurde einer getötet; zwölf Arbeiter wurden schwer verletzt, unter ihnen einige Lebensgefährlich.

Algier, 8. Nov. Die vor einigen Tagen verschwundenen geheimen Dokumente über die Konstruktion des neuen Torpedos sind vom Förstner des Justizpalastes im Gerichtssaal aufgefunden worden.

Wien, 9. Nov. Fürstin Dohenberg, die Gemahlin des Erzherzogs Franz Ferdinand ist von einem toten Kinde entbunden worden. Die Todesursache des Kindes liegt in einer schweren Infektionskrankung der Fürstin, deren Befinden durchaus zufriedenstellend ist.

Großherzogliches Hoftheater.

Im Hoftheater in Karlsruhe.

Dienstag, 10. Nov. Abt. B. 16. Ab.-Vorst. Zum erstenmal (erste Aufführung in deutscher Sprache): „Germania“, Oper in 2 Akten, einem Vor- und einem Nachspiel von Luigi Illica, Deutsch von Alfred Brüggenmann, Musik von Albert Franchetti. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Mittwoch, 11. Nov. Zweites Abonnementskonzert des Großherzoglichen Hoforchesters: Brahms-Abend. Solisten: Helene Staegemann, Kammerfängerin (Sopran) und Agnes Lehdeder (Alt). Anfang halb 8 Uhr.

Donnerstag, 12. Nov. Abt. C. 16. Ab.-Vorst. Zum erstenmal: „Candide“, Komödie in 3 Akten von Chateau. Anfang 7 Uhr, Ende halb 10 Uhr.

Im Theater in Baden.

Donnerstag, 12. Nov. 8. Ab.-Vorst. „Violetta“ (La Traviata), Oper in 3 Akten von Verdi. Anfang 7 Uhr, Ende nach 9 Uhr.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie u. Hydrometeorologie vom 9. November 1908.

Die am Vortag über der Biscaya gelegene Depression hat sich, soweit dies die heute sehr lückenhaften Nachrichten aus Frankreich und Italien erkennen lassen, über Südeuropa ausgebreitet; außer einem Minimum über dem thüringischen Meer ist ein weiteres über Ungarn zu erkennen. Hoher Druck lagert heute über der südlichen Nordsee, Norddeutschland und dem Ostseegebiet; damit hält die bisherige raube nördliche Luftströmung an. In ganz Deutschland lagen die Morgen-temperaturen bis zu 10 Grad unter dem Gefrierpunkt. Im südlichen Baden und in der Schweiz schneit es, sonst ist es meist heiter. Veränderliches und rauhes Frostwetter, stellenweise mit leichten Schneefällen ist zu erwarten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 9. November, früh:

Lugano bedeckt 5 Grad, Nizza halbbedeckt 9 Grad, Rom Regen 14 Grad, Brindisi bedeckt 12 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

November	Barom. mm	Therm. in C.	Nöf. Feucht. in mm	Feuchtigkeit in %	Wind	Himmel
7. Nachts 9 ⁰⁰ U.	747.5	-1.0	2.8	64	NE	wolkenlos
8. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	743.1	-3.1	2.7	75	„	leicht bew.
8. Mittags 2 ⁰⁰ U.	740.6	1.7	2.4	44	„	bedeckt
8. Nachts 9 ⁰⁰ U.	740.8	0.2	2.4	50	„	„
9. Morgs. 7 ⁰⁰ U.	744.3	-3.9	2.5	73	ENE	heiter
9. Mittags 2 ⁰⁰ U.	745.4	3.7	3.8	64	NE	wolkig

Höchste Temperatur am 7. November: 3.6; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -4.3.

Niederschlagsmenge, gemessen am 8. November 7⁰⁰ früh: 0.0 mm.

Höchste Temperatur am 8. November: 2.5; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: -4.4.

Niederschlagsmenge, gemessen am 9. November 7⁰⁰ früh: 0.0 mm.

Wasserstand des Rheins am 8. November, früh: Schutterinsel 0.93 m, gestiegen 1 cm; Rehl 1.60 m, gefallen 1 cm; Mainz 3.11 m, gestiegen 1 cm; Mannheim 1.86 m, gefallen 2 cm.

Wasserstand des Rheins am 9. November, früh: Schutterinsel 0.90 m, gefallen 3 cm; Rehl 1.58 m, gefallen 2 cm; Mainz 3.08 m, gefallen 3 cm; Mannheim 1.83 m, gefallen 3 cm.

Verantwortlicher Redakteur: Julius Kay in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

GLASHÜTTER UHREN

brauchen zur Reinigung, Reparatur oder Regulierung nicht nach der Fabrik geschickt zu werden. Diese Arbeiten, die mehr Kenntnisse und bessere Einrichtungen erfordern, als für gewöhnliche Uhren nötig, werden bei mir mit der ganzen erforderlichen Sorgfalt unter zweijähriger Garantie ausgeführt. Auch übernehme ich alle anderen Reparaturen einfacher und feinsten Uhren zu massigen Preisen.

G. SCHMIDT-STAUH, Karlsruhe, Kaiserstr. 154. Haupt-Niederlage der echten Glashütter Lange-Uhren. Illust. Spezialpreislise steht zu Diensten.

Kathreiners Malzkaffee wird niemals lose ausgewogen!

Er ist nur echt in den bekannten geschlossenen Paketen.

2871

Danksagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Gatten, Vaters, Bruders, Schwagers und Onkels

Medizinalrat

Dr. Joseph Steffan

sagen wir unsern innigsten Dank.

Donaueschingen, den 8. November 1908.

Die trauernden Hinterbliebenen.

B.33

Kosmograf

erstklassigster Vervielfältigungs-Apparat.
Von hohen und höchsten Behörden zahlr. glänzende Anerkennungen. Keine Rittmasse. Gegen Eintrocknen 3 Jahre Garantie. Absolut saubere Handhabung, in allen Größen vorrätig. Zu beziehen durch die einschlägigen Geschäfte, wo nicht vorrätig, durch den Fabrikanten

S. G. Maier, Karlsruhe-Beiertheim.
Man verlange Prospekt.

Mittwoch den 11. November 1908, abends 9 Uhr,
Rathausaal **Rathausaal**
Vortrag

des
Herrn Professor **Dr. August Forel** über

Rassenentartung u. Rassenhebung

Preise: Reservierter Platz M. 2, Sitzplatz M. 1, Saalstehtplatz 50 Pf.
Galerie: Sitzplatz 50 Pf., Stehplatz 30 Pf.

Vorverkauf in den Buchhandlungen **Müller & Gräff**
Kaiserstr. 80 a, Seminarstr. 6 und Westendstr. 63, sowie an der
U.996

Mühlburger Brauerei

vormals Freiherrlich von Seldeneck'sche Brauerei.
Die Herren Aktionäre werden hiermit zur diesjährigen
ordentlichen Generalversammlung

auf
Freitag, den 4. Dezember a. cr., vormittags 10 Uhr,
im Bureau der Mühlburger Brauerei vormals Freiherrlich von Seldeneck'sche
Brauerei in Karlsruhe-Mühlburg, Hardtstraße Nr. 37 a, ergebenst eingeladen.

- Tagesordnung.**
1. Bericht der Direktion und des Aufsichtsrats über das Geschäftsjahr 1907/1908.
 2. Genehmigung der Bilanz, Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns und Entlastung der Direktion und des Aufsichtsrats.
- Die Herren Aktionäre, welche an dieser Generalversammlung teilnehmen wollen, haben sich über ihren Aktienbesitz bis spätestens am dritten Tage vor der Generalversammlung entweder bei der Gesellschaftskasse in Karlsruhe-Mühlburg oder einem der Bankhäuser
Alfred Seeligmann & Co. } Karlsruhe
Rheinische Creditbank } Mühlburg

auszuweisen.
Karlsruhe, den 9. November 1908.
Der Aufsichtsrat der Mühlburger Brauerei
vorm. Freiherrl. von Seldeneck'sche Brauerei.
Der Vorsitzende:
Wilhelm Freiherr von Seldeneck, Erzellenz.

Nur 1 Mark das Los!
der 17. Strassburger Pferde-Lotterie
Ziehung am 21. Novemb.
Günstige Gewinnaussichten
Gesamtbetrag 1. W.
39000 M.
Hauptgewinn:
12500 M.
199 Gewinne zusammen:
26500 M.
Die 31 ersten Gew. m. 75 %, und
130 Letzt. Gew. m. 90% auszahlb.
Los 1 M. Porto u. Liste 25 Pf.
versendet Lotterie-Unternehmer
J. Stürmer,
Strassburg i. E.
Langestr. 107.
In Karlsruhe: **Carl Götz,**
Hebelstr. 11/15.
Lotteriebanc Kaiserstr. 60

Jetzt die schönste Zeit in
Baden-Baden.
Pension Villa Bellavista.
Komfortable Zimmer j. n. Größe inkl.
vorz. Verpflegung 5 u. 6 M. Warm. Haus

Nutz- und Brennholz-Versteigerung.
Großh. Forstamt Todtmoos in St.
Blasien versteigert am Mittwoch den
18. November d. J., vormittags 10 Uhr,
in der „Somme“ in Todtmoos aus den
domänenärztlichen Wehratal- und
Kirchspielwaldungen ca. 2000 Ster
Brennholz, 68 Ster buch. Kuchschicht-
holz, 19 Nadelholzstämme und Ab-
schnitte sowie 20 kleine Buchen. B.32

Modernes Waschmittel
garantiert
unschädlich
kein Chlor
kein reiben
vollständig
ungefährlich
kein Waschbrett
kein bürsten.
Persil
Für jede Waschmethode passend
alleinige Fabrikanten auch der weltbekannten
Henkel's Bleich-Soda
Henkel & Co. Düsseldorf

Schreibaushilfe.
Die Groß-Teil- und Pfeilgenital-
Pfeilgenital sucht zum sofortigen Eintritt
gegen 3 M. Tagesgebühr eine Schreib-
aushilfe, zunächst auf 3 Monate. Be-
werber aus der Zahl der Aktiare und
Anzipienten, welche im Maschinen-
schreiben geübt sind, erhalten den Vorzug.
Gegebenenfalls kann Vertüchtigung in
der Anstalt gegen mäßige Vergütung
gewährt werden. B.48
Bewerbungen sind innerhalb 8 Tagen
einzureichen.
Pfeilgenital, den 7. November 1908.
Großh. Direktion der Teil- und
Pfeilgenital.

Verwaltungsassistentenstelle.
Beim diesseitigen Amte ist die
Stelle eines
Verwaltungsassistenten
durch einen tüchtigen, dienstfähigen
Beamten zu besetzen. Bewerber aus
der Zahl der Verwaltungs- oder
Justizakture erhalten den Vorzug.
Offerten unter Anschließ von Lebens-
lauf und Zeugnissen, sowie unter
Angabe der Gehaltsansprüche inner-
halb 14 Tagen anber erbeten. 11.46.2.1
Mannheim, den 6. November 1908.
Armenkommission.
v. Hollander.

Bürgerliche Rechtsstreite.
Konkursöffnung.
B.27. Nr. 8855. Freiburg. Ueber
das Vermögen der Firma Frau Elise
Fuchs in Freiburg, Inhaberin Frau
Elise Fuchs, wurde heute am 6. No-
vember 1908, nachmittags 5 Uhr, das
Konkursverfahren eröffnet.
Der Agent R. Rubin in Freiburg i.
B. wurde zum Konkursverwalter er-
nannt.
Konkursforderungen sind bis zum
27. November 1908 bei dem Gerichte
anzumelden.
Es ist Termin anberaumt vor dem
diesseitigen Gerichte zur Beschluß-
fassung über die Beibehaltung des
ernannten oder die Wahl eines an-
deren Verwalters, sowie über die Be-
stellung eines Gläubigerausschusses
und eintretendenfalls über die in
§ 132 der Konkursordnung bezeich-
neten Gegenstände auf
Freitag den 4. Dezember 1908,
vormittags 9 Uhr,
und zur Prüfung der angemeldeten
Forderungen auf
Freitag den 11. Dezember 1908,
vormittags 9 Uhr.
Allen Personen, welche eine zur
Konkursmasse gehörige Sache in Be-
sitz haben oder zur Konkursmasse
etwas schuldig sind, wird aufgegeben,
nichts an den Gemein-schuldner zu ver-
abfolgen oder zu leisten, auch die Ver-
pflichtung auferlegt, von dem Besthe
der Sache und von den Forderungen,
für welche sie aus der Sache abgejon-
derte Befriedigung in Anspruch neh-
men, dem Konkursverwalter bis zum
27. November 1908 Anzeige zu ma-
chen.
Freiburg, den 6. November 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3:
Appel.

Konkurs.
B.18. Nr. 12054. Mannheim. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Ziegeleibehers Georg
Müller in Mannheim ist Termin zur
Prüfung der nachträglich angemel-
deten Forderungen bestimmt auf:
Montag den 30. November 1908,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Amtsgerichte, Abt. 14, hier,
II. Stad, Zimmer 114.
Mannheim, den 5. November 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 14:
Gietter.

Konkursverfahren.
B.30. Nr. 8455 III. Karlsruhe. In
dem Konkursverfahren über das Ver-
mögen des Kaufmanns Abraham
Schmieder, Inhaber des Warencredit-
geschäfts A. Schmieder hier, Ruppur-
terstraße 2, ist Termin zur Prüfung
der nachträglich angemeldeten Forde-
rungen bestimmt auf
Freitag den 4. Dezember 1908,
vormittags 10 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht Karlsru-
he, Akademiestraße 2. B. 3. Stad,
Zimmer Nr. 50.
Karlsruhe, den 7. November 1908.
Gruner,
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts 3.

Konkursverfahren.
B.31. Wiesloch. In dem Konkurs-
verfahren über das Vermögen der
Schreier und Tapezier Georg Wör-
schel Ehefrau, Karoline geb. Treiber,
in Waldorf ist Termin zur Prüfung
der nachträglich angemeldeten Forde-
rungen bestimmt auf
Mittwoch den 18. November 1908,
vormittags 9 1/2 Uhr,
vor dem Großh. Amtsgericht Wies-
loch.
Wiesloch, den 6. November 1908.
Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts:
Häuser.

Zwangsvollstreckung.
In Bege der Zwangsvollstreckung
soll das in Karlsruhe belegene, im
Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit
der Eintragung des Versteigerungs-
vermerks auf den Namen des Bäder-
meisters Karl Schackberger Ehefrau,
Sabette geb. Kellert in Daxlanden
eingetragene, nachstehend beschriebene
Grundstück am
Dienstag den 29. Dezember 1908,
vormittags 9 1/2 Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat VIII
— in dessen Diensträumen Adler-
straße 25, 1. Stad, Seitenbau, Zimmer
Nr. 7 in Karlsruhe — versteigert
werden:
Grundbuch Karlsruhe, Band 394,
Heft 20, Lgh.-Nr. 6392 — 3 a 91 qm
Kaisingerstraße 9. Hierauf steht:
ein dreistöckiges Wohnhaus, ein
vierstöckiges Abortanbau, zwei zwei-
stöckige Querbauten, amtlich ge-
schätzt zu 54 000 M.
Der Versteigerungsvermerk ist am
24. Oktober 1908 in das Grundbuch
eingetragen worden.
Die Einfiicht der Mitteilungen des
Grundbuchamts, sowie der übrigen
das Grundstück betreffenden Nachwei-
sungen, insbesondere der Schätzungs-
urkunde, ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte,
soweit sie zur Zeit der Eintragung
des Versteigerungsvermerks aus dem
Grundbuche nicht ersichtlich waren,
spätestens im Versteigerungstermine
vor der Aufforderung zur Abgabe
von Geboten anzumelden und, wenn
der Gläubiger widerspricht, glaub-
haft zu machen, widrigenfalls sie bei
der Feststellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt und bei der Vertei-
lung des Versteigerungserlöses dem
Anspruche des Gläubigers und den
übrigen Rechten nachgegeben werden.
Zur Erörterung über das geringste
Gebot werden die Beteiligten auf
Mittwoch den 16. Dezember 1908,
vormittags 9 1/2 Uhr,
in die Diensträume des Notariats Ad-
lerstraße 25, 1. Stad, Zimmer Nr. 4,
geladen.
Diejenigen, welche ein der Verstei-
gerung entgegenstehendes Recht ha-
ben, werden aufgefordert, vor der Er-
teilung des Zuschlags die Aufhebung
oder einstweilige Einstellung des Ver-
fahrens herbeiführen, widrigenfalls
für das Recht der Versteigerungserlöses
an die Stelle des versteigerten Gegen-
standes tritt.
Karlsruhe, den 5. November 1908.
Großh. Notariat VIII als Voll-
streckungsgericht.
Edesheimer.

Zwangsvollstreckung.
In Bege der Zwangsvollstreckung
soll das in Karlsruhe belegene, im
Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit
der Eintragung des Versteigerungs-
vermerks auf den Namen der Bäder-
meisterin Karl Schackberger Ehefrau,
Sabette geb. Kellert in Daxlanden
eingetragene, nachstehend beschriebene
Grundstück am
Dienstag den 29. Dezember 1908,
vormittags 9 1/2 Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat VIII
— in dessen Diensträumen Adler-
straße 25, 1. Stad, Seitenbau, Zimmer
Nr. 7 in Karlsruhe — versteigert
werden:
Grundbuch Karlsruhe, Band 394,
Heft 20, Lgh.-Nr. 6392 — 3 a 91 qm
Kaisingerstraße 9. Hierauf steht:
ein dreistöckiges Wohnhaus, ein
vierstöckiges Abortanbau, zwei zwei-
stöckige Querbauten, amtlich ge-
schätzt zu 54 000 M.
Der Versteigerungsvermerk ist am
24. Oktober 1908 in das Grundbuch
eingetragen worden.
Die Einfiicht der Mitteilungen des
Grundbuchamts, sowie der übrigen
das Grundstück betreffenden Nachwei-
sungen, insbesondere der Schätzungs-
urkunde, ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte,
soweit sie zur Zeit der Eintragung
des Versteigerungsvermerks aus dem
Grundbuche nicht ersichtlich waren,
spätestens im Versteigerungstermine
vor der Aufforderung zur Abgabe
von Geboten anzumelden und, wenn
der Gläubiger widerspricht, glaub-
haft zu machen, widrigenfalls sie bei
der Feststellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt und bei der Vertei-
lung des Versteigerungserlöses dem
Anspruche des Gläubigers und den
übrigen Rechten nachgegeben werden.
Zur Erörterung über das geringste
Gebot werden die Beteiligten auf
Mittwoch den 16. Dezember 1908,
vormittags 9 1/2 Uhr,
in die Diensträume des Notariats Ad-
lerstraße 25, 1. Stad, Zimmer Nr. 4,
geladen.
Diejenigen, welche ein der Verstei-
gerung entgegenstehendes Recht ha-
ben, werden aufgefordert, vor der Er-
teilung des Zuschlags die Aufhebung
oder einstweilige Einstellung des Ver-
fahrens herbeiführen, widrigenfalls
für das Recht der Versteigerungserlöses
an die Stelle des versteigerten Gegen-
standes tritt.
Karlsruhe, den 5. November 1908.
Großh. Notariat VIII als Voll-
streckungsgericht.
Edesheimer.

an die Stelle des versteigerten Gegen-
standes tritt.
Karlsruhe, den 5. November 1908.
Großh. Notariat VIII als Voll-
streckungsgericht.
Edesheimer.

B. 17. 17440. Karlsruhe.
Zwangsvollstreckung.
Im Wege der Zwangsvollstreckung
soll das in Karlsruhe belegene, im
Grundbuche von Karlsruhe zur Zeit
der Eintragung des Versteigerungs-
vermerks auf den Namen des Bäder-
meisters Emil Blach hier eingetragene,
nachstehend beschriebene
Grundstück am
Montag den 28. Dezember 1908,
vormittags 9 1/2 Uhr,
durch das unterzeichnete Notariat VIII
— in dessen Diensträumen Adler-
straße 25, 1. Stad, Seitenbau, Zimmer
Nr. 7 in Karlsruhe — versteigert
werden:
Grundbuch Karlsruhe, Band 399,
Heft 18, Lgh.-Nr. 4015 d, 5 a 82 qm
Belhienstraße 24. Hierauf steht:
ein dreistöckiges Wohnhaus, amtlich
geschätzt zu 80 000 M.
Der Versteigerungsvermerk ist am
26. Oktober 1908 in das Grundbuch
eingetragen worden.
Die Einfiicht der Mitteilungen des
Grundbuchamts, sowie der übrigen
das Grundstück betreffenden Nachwei-
sungen, insbesondere der Schätzungs-
urkunde, ist jedermann gestattet.
Es ergeht die Aufforderung, Rechte,
soweit sie zur Zeit der Eintragung
des Versteigerungsvermerks aus dem
Grundbuche nicht ersichtlich waren,
spätestens im Versteigerungstermine
vor der Aufforderung zur Abgabe
von Geboten anzumelden und, wenn
der Gläubiger widerspricht, glaub-
haft zu machen, widrigenfalls sie bei
der Feststellung des geringsten Gebots
nicht berücksichtigt und bei der Vertei-
lung des Versteigerungserlöses dem
Anspruche des Gläubigers und den
übrigen Rechten nachgegeben werden.
Zur Erörterung über das geringste
Gebot werden die Beteiligten auf
Mittwoch den 16. Dezember 1908,
vormittags 9 1/2 Uhr,
in die Diensträume des Notariats Ad-
lerstraße 25, 1. Stad, Zimmer Nr. 4,
geladen.
Diejenigen, welche ein der Verstei-
gerung entgegenstehendes Recht ha-
ben, werden aufgefordert, vor der Er-
teilung des Zuschlags die Aufhebung
oder einstweilige Einstellung des Ver-
fahrens herbeiführen, widrigenfalls
für das Recht der Versteigerungserlöses
an die Stelle des versteigerten Gegen-
standes tritt.
Karlsruhe, den 5. November 1908.
Großh. Notariat VIII als Voll-
streckungsgericht.
Edesheimer.

Bekanntmachung.
Den Bau einer Neben-
bahn von Raffat nach
Schwarzach betr.
Seine königliche Hoheit der Groß-
herzog haben mit Allerhöchster Staats-
ministerial-Entschlieung d. d. Baden-
weiler, den 31. Oktober d. J., Nr. 1288,
gnädigst auszusprechen geruht, daß
die Richtung der Bahnlinie für die in
die Gemerkung Raffat fallende
Strecke der Nebenbahn von Raffat
nach Schwarzach, wie solche in den vor-
gelegten Plänen dargestellt und pro-
filirt ist, als festbestimmt zu gelten
habe.
Karlsruhe, den 7. November 1908.
Großherzogliches Ministerium des
Innern.
J. A.:
G. L. O. d. n. e. r.
Dr. Fecht.

Bekanntmachung.
Den Bau einer Neben-
bahn von Raffat nach
Schwarzach betr.
Seine königliche Hoheit der Groß-
herzog haben mit Allerhöchster Staats-
ministerial-Entschlieung d. d. Baden-
weiler, den 31. Oktober d. J., Nr. 1288,
gnädigst auszusprechen geruht, daß
die Richtung der Bahnlinie für die in
die Gemerkung Raffat fallende
Strecke der Nebenbahn von Raffat
nach Schwarzach, wie solche in den vor-
gelegten Plänen dargestellt und pro-
filirt ist, als festbestimmt zu gelten
habe.
Karlsruhe, den 7. November 1908.
Großherzogliches Ministerium des
Innern.
J. A.:
G. L. O. d. n. e. r.
Dr. Fecht.

Bekanntmachung.
Den Bau einer Neben-
bahn von Raffat nach
Schwarzach betr.
Seine königliche Hoheit der Groß-
herzog haben mit Allerhöchster Staats-
ministerial-Entschlieung d. d. Baden-
weiler, den 31. Oktober d. J., Nr. 1288,
gnädigst auszusprechen geruht, daß
die Richtung der Bahnlinie für die in
die Gemerkung Raffat fallende
Strecke der Nebenbahn von Raffat
nach Schwarzach, wie solche in den vor-
gelegten Plänen dargestellt und pro-
filirt ist, als festbestimmt zu gelten
habe.
Karlsruhe, den 7. November 1908.
Großherzogliches Ministerium des
Innern.
J. A.:
G. L. O. d. n. e. r.
Dr. Fecht.

Bekanntmachung.
Den Bau einer Neben-
bahn von Raffat nach
Schwarzach betr.
Seine königliche Hoheit der Groß-
herzog haben mit Allerhöchster Staats-
ministerial-Entschlieung d. d. Baden-
weiler, den 31. Oktober d. J., Nr. 1288,
gnädigst auszusprechen geruht, daß
die Richtung der Bahnlinie für die in
die Gemerkung Raffat fallende
Strecke der Nebenbahn von Raffat
nach Schwarzach, wie solche in den vor-
gelegten Plänen dargestellt und pro-
filirt ist, als festbestimmt zu gelten
habe.
Karlsruhe, den 7. November 1908.
Großherzogliches Ministerium des
Innern.
J. A.:
G. L. O. d. n. e. r.
Dr. Fecht.